



VORWÄRTS



sozialistische zeitung

Widerstand ★ Solidarität ★ Sozialismus

Zeitung der Sozialistischen Linkspartei [SLP]

erscheint seit 1983

Nummer 150

Oktober 2005

Preis: EUR 0,50

Solidaritätspreis: EUR 1,00

Österreich



Die SLP-Kandidatur

Die SLP stellt ihre KandidatInnen für die Wiener Gemeinde- und Bezirksratswahlen vor. Von Lehrling bis Arzt, von GewerkschafterIn bis SchülerIn reicht das Spektrum der SLP-KandidatInnen.

SEITE 2

Betrieb & Gewerkschaft



Benzinpreise: Wie der freie Markt versagt

Seit Monaten steigen international die Benzinpreise – und die Gewinne der Ölkonzerne. Dafür bezahlen müssen nicht nur Autofahrer: auch Strom-, Gas- und Heizkosten drohen weiter zu steigen.

SEITE 3

Schwerpunkt

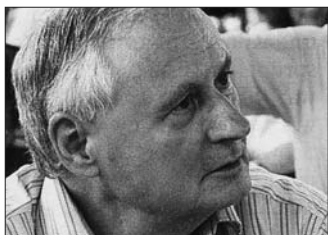


Wahlen in Wien: FPÖ stoppen!

Angesichts des menschenverachtenden Wahlkampfes der FPÖ fordert die SLP: Null Toleranz für Rassismus!

SEITEN 4

Internationales



Deutsche Wahlen zeigen: Linke Alternative möglich!

Der Erfolg der Linkspartei bei den deutschen Bundestagswahlen hat entscheidend zur Niederlage von CDU/CSU beigetragen und gezeigt, dass das Potenzial für eine neue linke Partei groß ist.

SEITE 3



Wien: Sozialistische Alternative wählbar

Die Sozialistische Linkspartei - SLP in sechs Wiener Bezirken am Stimmzettel

Die Redaktion

Seit 2000 hat die ÖVP-FPÖ-Regierung Angriffe auf ArbeitnehmerInnen und Arbeitslose verschärft. Die Reichen werden reicher, die Armen ärmer. Man fragt sich angesichts der bevorstehenden Landtagswahlen, ob ein Umschwung möglich ist. Doch auch jene Parteien, die im Bund in der „Opposition“ sind, haben keine grundlegend andere Politik anzubieten. Mit der Sozialistischen Linkspartei (SLP) tritt eine echte Alternative in einigen Wiener Bezirken (1, 4, 5, 6, 10 und 20) an.

WIEN IST NICHT ANDERS – LEIDER!

Die PolitikerInnen im Rathaus behaupten, Wien sei „anders“. Tatsächlich macht die SPÖ in Wien genauso Sozialabbau und Privatisierung, obwohl sie die Möglichkeit hätte, alles ganz anders zu machen als die Bundesregierung. International vertieft sich die kapitalistische Krise: im Konkurrenzkampf zwischen den Unternehmen werden Löhne gesenkt und Menschen entlassen. Die herrschende Politik folgt diesem Druck durch Kürzungen und Privatisierungen.

Wäre die SPÖ noch eine ArbeiterInnenpartei, würde sie

versuchen, diesem neoliberalen Trend mit politischem Druck aus der arbeitenden Bevölkerung entgegenzuwirken. Das Gegenteil ist der Fall! Die abgehobene SPÖ will die sozialpolitische Verantwortung loswerden und kurzfristig Geld in die leeren Kassen bekommen. Sie nennt das beschönigend „Ausgliederung“. Seit 1.7.2004 ist ein großer Teil des Wiener Sozialwesens in den „Fonds Soziales Wien“ (FSW) ausgegliedert. 60.000 LeistungsbezieherInnen (Kranke, Behinderte, Pflegebedürftige) sind von dieser Maßnahme betroffen. Krank sein wird immer teurer: Der Spitalskostenbeitrag in Wien wurde mit 1. Juli 2005 auf EUR 10,- pro Tag erhöht. Diese Politik ist dafür verantwortlich, dass sich in der Bundesregierung noch immer Schüssel & BZÖ/FPÖ befinden.

WAS DIE SLP WILL

Während diese Angriffe auf unseren Lebensstandard stattfinden, existiert keine große Partei, die für die Interessen von ArbeiterInnen, Arbeitslosen und Jugendlichen eintritt und mit ihnen kämpft. Die SLP tritt an, um den Aufbau einer solchen breiten ArbeiterInnen-Partei in der Zukunft zu erleichtern.

90.000 Arbeitslose in Wien (zwei Drittel davon Frauen), über 70.000 Sozialhilfe-EmpfängerInnen, steigende Mieten und Gebühren sind untragbar! Unser Programm gegen die Misere setzt bei den Sachzwängen von ArbeitnehmerInnen und Arbeitslosen an: Wir brauchen Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnverlust, am besten auf 30 Stunden pro Woche, bei vollem Personalausgleich. Mindestlöhne und -pensionen von EUR 1.100,- netto würden verhindern, dass Menschen in die Armut abrutschen. Das muss in der Gesellschaft im Mittelpunkt stehen, nicht die Unternehmer-Profit! Die Stadt Wien könnte bei allen Gemeindebediensteten solche Maßnahmen ergreifen.

Ein weiteres Beispiel, das viele betrifft: ein Fahrschein für die öffentlichen Verkehrsmittel kostet EUR 1,50, eine Jahreskarte EUR 409,-. Anstatt die Öffis günstiger zu machen, um zum Umstieg vom Auto zu motivieren, wird ihre Benützung teurer. Nötig wäre, vor allem angesichts der skandalösen hohen Sprit-Preise, ein sofortiger Nulltarif auf allen Öffis. Die Privatisierungsbestrebungen müssten gestoppt und rückgängig gemacht werden.

Selbstverständlich können solche und ähnliche Forderungen

nur durchgesetzt werden, wenn es eine aktive Einbindung und Mobilisierung der Bevölkerung, im Speziellen der ArbeitnehmerInnen, gibt. Denn in all diesen Fragen muss man sich mit den Konzernen und ihren Interessensvertretungen anlegen.

KÄMPFEN STATT REDEN!

Die SLP organisiert gemeinsam mit anderen Betroffenen Aktionen und Kampagnen. Durch jahrelange und regelmäßige Arbeit zur Verteidigung des Frauenrechts auf Schwangerschaftsabbruch wurde soviel Druck erzeugt, dass die SPÖ-Wien anordnete, die Kosten für einen Abbruch in den Wiener Gemeindespitalern zu senken. Wenn Verbesserungen erreicht oder Verschlechterungen verhindert werden, dann durch organisierten Druck von unten.

Wir waren schon in den 90er-Jahren, als die FPÖ immer stärker wurde, maßgeblich an Protesten gegen FPÖ-Kundgebungen beteiligt. Vor allem in jenen Bezirken, die mehrheitlich von ArbeiterInnen und MigrantInnen bewohnt werden. Die FPÖ bedeutet an der Macht rabiate Sozialabbau-Politik. Sie spaltet In- und AusländerInnen, was letztlich nur

Unternehmen nützt, um Löhne zu drücken. Wir setzen uns aktiv gegen diese Spaltung in Hautfarben, Herkunft sowie Geschlecht ein. Eines unserer Ziele in diesem Wahlkampf ist eine große und lautstarke Gegenkundgebung und Demonstration zur FPÖ-Wahlabschluss-Kundgebung knapp vor dem 23. Oktober.

WÄHLEN, UNTERSTÜTZEN, MITMACHEN, BEITRETEN

Das Wahlergebnis der Linkspartei (8,7 %) in Deutschland zeigt, dass es möglich ist, sich dem neoliberalen Kahlschlag entgegenzustellen. Die SLP tritt auch an, um die Entstehung einer Linkspartei für ArbeitnehmerInnen, Arbeitslose und Jugendliche vorzubereiten. Auch wenn Sie nicht wahlberechtigt sind oder in einem anderen Bezirk oder Ort wohnen: Wenn Sie unsere Ideen und Ansätze gut finden, beteiligen Sie sich mit der SLP am Wahlkampf und danach, unterstützen Sie uns durch eine Spende und werden Sie in der SLP aktiv. Die SLP ist wählbar in Margareten (5.), Favoriten (10.), Brigittenau (20.) sowie im Wahlkreis Zentrum (1., 4., 5., 6.)

Der Standpunkt

Menschen wie du und ich?

von Sonja Grusch



Von den Wahlplakaten lächeln uns die KandidatInnen der etablierten Parteien entgegen. Sie sollen uns vermitteln, wie sympathisch und kompetent sie sind. Und dass sie, obwohl in der Politik, Menschen wie "du und ich" sind. Dies entbehrt allerdings jeder Grundlage. Wann haben Sie Ursula Stenzel, die auch die "Baroness vom Graben" genannt wird, das letzte Mal in der Straßenbahn getroffen? Wann haben sie Herrn Strache beobachtet, als er sich mit zwei vollen Einkaufssackerln abmühte? Haben Sie mit Maria Vassilakou schon einmal geplaudert, als Sie am AMS darauf gewartet hat, dass ihre Nummer endlich kommt? Und hat Michael Häupl neben Ihnen auch ewig in einer Zahnambulanz ausgeharrt, bis er endlich aufgerufen wurde?

Solche PolitikerInnen sind eben keine Menschen wie "du und ich". Ein wesentlicher Grund dafür ist, dass Sie über ein Einkommen verfügen, das weit über jenem des Durchschnitts liegt. Viele verdienen pro Monat so viel, wie Sie und ich in einem Jahr nicht verdienen. In Wien sackt der Bürgermeister 14.873,- Euro ein, BezirksvorsteherInnen 9.041,- Euro, pro GemeinderätIn gibt es 5.872,70 Euro - wohlgemerkt 14x pro Jahr. Begründet wird das mit "viel Verantwortung", "viel Arbeit", "viel Risiko". Wie steht es mit der Verantwortung einer Krankenschwester auf der Intensivstation, der vielen Arbeit einer alleinerziehenden Mutter und dem Risiko von "normalen" Beschäftigten, arbeitslos zu werden? Der Vergleich macht deutlich: PolitikerInnen sind überbezahlt.

Das ist nicht nur ungerecht; es führt zu einer völligen Abgehobenheit ebendieser PolitikerInnen. Seines- und Ihresgleichen sind UnternehmerInnen & ManagerInnen, gutverdienende Selbstständige sowie leitende Angestellte und natürlich andere PolitikerInnen. Nicht dazu gehören Arbeitslose, Sozialhilfe-EmpfängerInnen, Menschen mit Mindestpension, Lehrlinge...

Ich habe FPÖ-Strache schon öfter gefragt, wie hoch sein Einkommen ist. Er gibt immer vor, ein "ehrlicher und anständiger" Mensch zu sein. Er hat mir natürlich bisher nicht geantwortet. Warum? Offensichtlich ist auch er ein überbezahlter privilegiierter Politiker.

Die VertreterInnen der SLP in Österreich und des Komitees für eine ArbeiterInnenInternationale in aller Welt sind anders: Wir fordern "Durchschnittslohn für PolitikerInnen" und halten uns dran.

Impressum:

Eigentümer, Herausgeber, Verleger und Redaktion: Sozialistische Linkspartei (SLP), 1070 Wien, Kaiserstr. 14/11; Druck: Druckerei Fiona, Wien; Herstellungs- und Verlagsort: Wien; DVR: 0820202 Zulassungsnr: 327808W97U; Abo-Zahlungen & Spenden: PSK 8812.733



Die KandidatInnen der SLP

Unser Angebot: 100 Prozent sozialistisch!

von Sonja Grusch,
SLP-Spitzenkandidatin für
den Gemeinderat und für den
Bezirksrat in Wien Brigittenau

Die KandidatInnen der etablierten Parteien haben viel gemeinsam. Sie haben meist gutbezahlte Jobs, verfügen oft über zumindest ein kleines Vermögen und sofern es um ihre Wiederwahl geht, genießen sie schon seit längerem die Privilegien, die PolitikerInnen in Österreich auf allen Ebenen haben. Die KandidatInnen der SLP unterscheiden sich davon grundsätzlich. Die SLP hat ein wichtiges Prinzip: Wir fordern Durchschnittseinkommen für PolitikerInnen und Abschaffung aller PolitikerInnenprivilegien. Nur wer das Leben der Menschen, die vom Sozialabbau betroffen sind, selbst lebt, kann die Auswirkungen nachvollziehen. Unser ältester Kandidat ist 35, unser jüngster 14. An der Spitze aller Listen stehen Frauen. Wir haben keine UnternehmerInnen oder MillionärInnen auf unserer Liste, dafür Arbeitslose, prekär Beschäftigte und ArbeitnehmerInnen, SchülerInnen und Studierende.

ZUM BEISPIEL:
FONDS SOZIALES WIEN

In Wien gibt es – ebenso wie auf Bundesebene – Privatisierung und Sozialabbau. Insbesondere der Sozial- und Gesundheitsbereich sind davon betroffen. In Spitälern werden Abteilungen zusammengelegt oder geschlossen. Und der Sozialbereich ist seit einiger Zeit im „Fonds Soziales Wien (FSW)“ zusammengefasst. Über die negativen Folgen des FSW können Michael Gehmacher und Gilbert Medwed, die beide in der Behindertenbetreuung arbeiten, ein Lied singen. „Die Kürzungen gehen weiter und die Gemeinde versucht sich mit diesem Kon-

strukt aus der Verantwortung zu ziehen. Die Leid tragenden sind die Beschäftigten und jene, die Unterstützung brauchen“ erklärt Michael Gehmacher, Kandidat der SLP und Betriebsrat. „Soziale Dienste statt privater Profite“ ist daher auch eine der Hauptforderungen im SLP-Wahlkampf.

ZUM BEISPIEL: ARBEITSLÖSE
UND FREIE DIENSTNEHMER-
INNEN WEHREN SICH

Ein zentrales Problem in Wien ist die steigende Arbeitslosigkeit. Albert Kropf, Kandidat der SLP in Favoriten, erlebt die Probleme der Arbeitslosigkeit am eigenen Leib. „Schuld sind nicht die Arbeitslosen – aber wir werden bestraft. Ich kandidiere für die SLP, weil ich die Forderung nach 30-Stunden-Woche bei vollem Lohn unterstütze. Das ist eine konkrete Forderung und nicht das übliche Gewäsch der Politiker, die die nächsten Angriffe auf Arbeitslose vorbereiten.“ Jene Jobs, die in den letzten Jahren in Wien geschaffen worden sind, sind v.a. Teilzeitjobs und prekäre Beschäftigungen. Die Chance, eine fixe Anstellung mit geregelten Arbeitszeiten und einem Gehalt, von dem

man auch leben kann zu bekommen, ist v.a. für Jüngere zunehmend schwierig. Immer mehr bekommen nur Jobs als freie DienstnehmerInnen bzw. Teilzeit. Laura Rafetseder, Spitzenkandidatin in Favoriten, ist selbst freie Dienstnehmerin: „Eine sichere Existenz kann man sich als prekär Beschäftigte nicht aufbauen. Die SLP fordert fixe Anstellungen und einen Mindestlohn von 1100,- netto pro Monat“.

ZUM BEISPIEL: LEHRLINGE,
SCHÜLERINNEN UND STU-
DENTINNEN IM WIDERSTAND

Besonders betroffen von Arbeitslosigkeit und düsteren Zukunftsaussichten sind Jugendliche. Margarita Döller, Spitzenkandidatin in Margareten, musste sich gerade eine neue Lehrstelle suchen, weil ihr „Lehrherr“ den Betrieb schließt. „Ein garantierter Ausbildungsplatz für jedeN JugendlicheN ist notwendig“ betont sie eine Forderung der SLP. „Hier ist die öffentliche Hand gefragt: Die Ausbildung gehört raus aus Unternehmerrhand und muss in überbetrieblichen Lehrwerkstätten erfolgen.“ Unter den KandidatInnen der SLP finden sich auch SchülerInnen und Stu-

dierende. „Wir kriegen die Kürzungen im Bildungsbereich voll ab“ erklärt Max Strohmeier. Max ist 14 und damit der lebende Beweis, dass Jugendliche nicht unpolitisch sind: „Nur weil ich von den etablierten Parteien nichts halte, bin ich nicht unpolitisch.“ Max kandidiert ebenso wie Nadine Schenner, 17, für die SLP. Neben dem Bildungsabbau ist für beide der Kampf gegen Rassismus ein wichtiges Thema. „Am schlechten Abschneiden der SchülerInnen in Österreich bei der Pisa-Studie sind nicht die ausländischen MitschülerInnen schuld, sondern die ständigen Kürzungen im Bildungsbereich“ erklärt Nadine.

ZUM BEISPIEL:
AKTIVE FRAUEN UND MEN-
SCHEN OHNE ÖSTERREICHISCHE
STAATSBÜRGERSCHAFT

Bei der SLP gibt es weder Quoten- noch Alibifrauen, sondern Frauen, die in den letzten Jahren durch ihre politische Arbeit aufgefallen sind. Dazu zählt Claudia Sorger, Frauensprecherin der SLP, die schon seit vielen Jahren (schon lange bevor die SPÖ dieses Thema „entdeckt“ hat) für das Recht auf Schwan-

gerschaftsabbruch und gegen die radikalen AbtreibungsgegnerInnen aktiv ist. „Wir dürfen aber nicht vergessen, dass auch in Wien ImmigrantInnen nicht gleichberechtigt behandelt werden und dass die SPÖ dem neuen Asylgesetz zugestimmt hat“ meint Sven Hilberth, Kandidat der SLP. Sven, der seit über 10 Jahren in Wien lebt, arbeitet und Steuern zahlt, darf bei den Wahlen zum Gemeinderat nicht mitwählen und hat kein Anrecht auf eine Gemeindeförderung – weil er nicht österreichischer Staatsbürger ist.

DAS POTENZIAL DER SLP

Der Platz reicht nicht aus, um alle KandidatInnen vorzustellen. Erwähnt seien noch Harald Mahrer, der für seine KollegInnen als Betriebsrat bei Melzer (Copyshop) viel erreichen konnte. Oder Jakob Unterwurzacher und Peter Regner, beide Zivildienstler, die im 20sten Bezirk für die SLP antreten. Nach Ende des Zivildienstes wollen sie studieren – „Aber dank Studiengebühren und Zugangsbeschränkungen wird das schwieriger“. John Evers, Franz Breier jun., Pablo Hörtner, Ken Horvath und Philipp Fleischmann, seit vielen Jahren bei der SLP und alle führend in Kampagnen gegen Sozialabbau und Rassismus. John Evers, unser ältester Kandidat (obwohl erst 35 Jahre jung) tritt bereits seit über 20 Jahren in zahllosen Kampagnen für den Sozialismus ein. Mehr über alle KandidatInnen gibt es unter www.slp.at. Die KandidatInnen der SLP decken ein breites Feld ab – von Lehrling bis Arzt, von Schülerin bis Freie Dienstnehmerin. Was sie verbindet ist das politische Programm der SLP: Für eine Gesellschaft ohne Ausbeutung und Unterdrückung – für Sozialismus.

Für ein Viertel der WienerInnen gibt es eine sozialistische Alternative

Auch Wien braucht eine Linkspartei! SLP!

Die Politik der etablierten Parteien macht eine sozialistische Alternative in ganz Wien notwendig. Aufgrund der bürokratischen und finanziellen Hürden kann die SLP diese Aufgabe bei dieser Wahl noch nicht erfüllen. Wir haben es aber geschafft, für rund ein Viertel der Wiener Wahlberechtigten wählbar zu sein.

Die SLP tritt auf der Bezirksratsebene in den Bezirken 5, 10 und 20 an. Auf der Gemeinderats-ebene sind wir im Wahlkreis Zentrum (umfasst die Bezirke 1, 4, 5, 6) wählbar.

SLP IN GANZ WIEN AKTIV!

Wir wollen Dich/Sie aber nicht nur dazu gewinnen, uns eine Stimme zu geben – wir wollen Menschen gewinnen, mit uns gegen Sozialabbau, Privatisierung und Rassismus aktiv zu werden. Wir wollen Dich/Sie dazu gewinnen, mit uns für eine sozialistische Alternative zur neoliberalen Logik zu kämpfen. Und das gilt für alle – egal wo sie wohnen, egal ob sie wahlberechtigt sind. Die SLP ist als sozialistische Kraft zumindest in diesem Sinne in ganz Wien wählbar!

Linkspartei zeigt Potenzial für echte Alternative

Wahlen in Deutschland: 8,7% gegen jede Form des Sozialabbaus!

Franz Breier jun., SLP-Kandidat für den Gemeinderat

Im internationalen Blätterwald hört man es rauschen: Deutschland ist unregierbar, in der Sackgasse, im „Reformstau“. Tatsächlich ist das Wahlergebnis ein Ausdruck der großen Ablehnung neoliberaler Politik einerseits und dem Drängen der Banken und Konzerne auf ebendiese Angriffe. Das bürgerliche Parteiensystem steckt nicht erst seit dem 18. September in einer Krise.

Der wahre Wahlsieger: Die Protestbewegung gegen Sozialabbau

In einem ersten Kommentar schreibt die Sozialistische Alternative (SAV; deutsche Schwesterorganisation der SLP): „Die einzige Siegerin der Wahlen ist die Linke und damit die Protestbewegung gegen Agenda 2010 und Hartz IV der Jahre 2003 und 2004. Ihr langer Arm hat Schröder vom Kanzlerstuhl geschlagen und blockiert erst einmal Angela Merkels Zugriff auf die Kanzlerschaft.“ Das Ergebnis von 8,7% für die Linkspartei (PDS und Mitglieder der Wahlalternative Soziale Gerechtigkeit) ist das eigentlich Besondere an dieser Wahl. Es sendet ein Signal auch nach Österreich, dass eine Alternative zu den etablierten Parteien machbar ist. Gerade deswegen kommt den Auseinandersetzungen um Ziele und Forderungen innerhalb der Linkspartei und im Besonderen der WASG, die direkt aus der Protestbewegung 2004 entstand, größte Bedeutung zu.

WELCHE VEREINIGUNG?

Millionen ArbeitnehmerInnen, Arbeitslose, GewerkschafterInnen und Jugendliche ha-

ben die „Linke“ gewählt, weil sie bisher keine Stimme im Bundestag hatten. Setzt sich allerdings die derzeitige Führung um Lafontaine und Gysi letztlich durch, kann das einen schweren Rückschlag für das Projekt Linkspartei bedeuten. In seinen Überlegungen spielt sogar eine zukünftige Wiedervereinigung mit der SPD auf Grundlage bürgerlicher Politik eine Rolle. Eine Aufweichung der klaren Ablehnung des Sozialabbaus fand bereits statt: Gegenüber Hartz IV wird nur mehr eine Korrektur gefordert. In Berlin und Mecklenburg-Vorpommern betreibt die PDS an der Macht selbst jenen Kahlschlag, den immer mehr Menschen stoppen wollen. Gerade die Landtagswahlen im kommenden Jahr (u.a. in Berlin) machen eine offene Diskussion um den künftigen Kurs einer Linkspartei nötig.

CHANCEN NUTZEN!

Eine wirklich sozialistische Kraft befindet sich noch in der Minderheit gegenüber der Linkspartei-Führung, die meint, es sich im Rahmen des Kapitalismus richten zu können. „Nun kommt es darauf an, den Wahlerfolg der Linken in sozialen Widerstand und den Aufbau einer starken Partei zu Verteidigung von Arbeitnehmerinteressen zu übersetzen.“, so die SAV-Stellungnahme weiters. Egal, welche Regierung nun kommen wird: weiterer Sozialabbau ist zu erwarten. Entscheidende Veränderungen werden letztlich nicht in den Wahllokalen, sondern durch Proteste und Kampfmaßnahmen auf den Strassen und in den Betrieben erreicht. Das würde auch allen konsequent linken Kräften inner-



halb der WASG und Linkspartei den Rücken stärken.

NEUE ARBEITERINNENPARTEI IN ÖSTERREICH AUFBAUEN!

Mit der Kandidatur der SLP in Wien wollen wir in Österreich die Entwicklung hin zu einer starken Linkspartei mit sozialistischem Programm beschleunigen. Eine wichtige Voraussetzung dafür ist, sich nicht von dem angeblich „kleineren Übel“ SPÖ blockieren zu lassen. In Deutschland hat man die letzten sieben Jahre gesehen, wie aus diesem „kleineren Übel“ für ArbeitnehmerInnen und Arbeitslose ein verdammt großes geworden ist.

Das Wahlprogramm der SLP

auf www.slp.at oder unter Tel. 01/ 524 63 10 bestellen!

Argumente für eine sozialistische Alternative für nur 2,- EUR (inkl. Porto & Verpackung)



TERMINE

Wiener SLP-Treffpunkte im Wahlkampf:

jeden Mittwoch um 19 Uhr
SLP Wien Nord, Piwnica (ehem. Peer Gynt), 1200 Wien, Jägerstraße 38 (U4, U6, 5, 33)

jeden Freitag um 19 Uhr
SLP Wien Süd, Bunte Kuh, 1050 Wien, Siebenbrunneng./Ecke Zentag. (U4, 12A, 14A)

SWI-Gruppen im Wahlkampf:

jeden Montag um 17.30 Uhr
Amerlinghaus, 7., Stiftgasse 8 (U2, U3, 48A, 49)

Deutsche Wahlen: Braucht auch Wien eine Linkspartei? mit Marc Treude

Er ist Aktivist unserer Schwesterorganisation SAV, Stadtrat in Aachen und aktiv am Aufbau der WASG und Linkspartei beteiligt. Welche Chancen und Gefahren es für die Linke in Deutschland gibt, und wie wir hier in Österreich aus den Erfahrungen lernen können.

Mi., 5. Oktober um 19 Uhr
Piwnica (ehem. Peer Gynt), 1200 Wien, Jägerstraße 38 (U4, U6, 5, 33)

Benzinpreis: Der freie Markt versagt!

Rekordgewinne für die OMV – Wird Heizen bald zum Luxus?

von Pablo Hörtnner, SLP-Kandidat für den Bezirksrat in Margareten

Bereits im Vorjahr stieg auf Grund des hohen Ölpreises der Gewinn der OMV auf fast eine Milliarde Euro (979 Mill. vor Steuern). „Es ist uns gelungen, aus der OMV die klare Nummer eins unter den Öl- und Erdgaskonzernen in Mitteleuropa zu machen. Wir haben zwei Mal in Folge 2003 und 2004 ein Rekordergebnis eingefahren und auch die Zahlen für das erste Quartal 2005 sind mehr als viel versprechend.“ So umreißt der ehemalige SPÖ-Spitzenpolitiker Ruttensdorfer und OMV-Generalsekretär die Situation seines Konzerns. Demgegenüber wird heuer ein durchschnittlicher Haushalt um

mindestens 730 Euro mehr für Energie bezahlen müssen als voriges Jahr (Standard, 19.9.2005).

REGIERUNG GIBT MARKTVERSAGEN ZU

Aus Angst vor Protesten gibt sich die Regierung betont konzernkritisch: „Die Energiepreise sind in Österreich zu hoch. Die Gewinne der Ölkonzerne dürfen nicht auf Kosten der Bevölkerung maximiert werden. Die österreichische Bundesregierung setzt daher klare Signale für Pendler, Konsumenten und sozial Schwache, um diese zu entlasten.“, so Schüssel auf der Regierungsklausur in Innsbruck am 13./14.9. Der Druck von unten ist deutlich spürbar. Nachdem Grasser mit einer

Sondersteuer drohte, senkten die Konzerne OMV, Shell und BP kurzfristig die Spritpreise. Für 2006 ist eine Erhöhung der Pendlerpauschale angekündigt, das Kilometergeld wird von 36¢ auf 38¢ erhöht. Tatsächlich ist das ein Tropfen auf den heißen Stein: Alleine die Mehrbelastungen für PendlerInnen seit 2000 bei 30km Arbeitsweg bis zu 96 Euro im Jahr, bei 100 km bis zu 320 Euro und bei 200 km fast 640 Euro. Auch in Wien steuert die SPÖ nicht gegen und bemüht sich nicht, die Mehrbelastungen abzufedern. Und mindestens so egal wie der Regierung und der SPÖ ist auch den Grünen die soziale Komponente: „Vielfahrer sollen künftig mehr zahlen, Wenigfahrer entlastet werden.“, wettete die Grüne Umwelt-

sprecherin Eva Glawischnig Ende August ignorant.

GEGENWEHR IST MÖGLICH

Der enorme Anstieg bei den Spritpreisen hatte in den vergangenen Jahren weltweit massive Proteste zur Folge. 2000 wurden in Britannien und Frankreich Öldepsots blockiert und die Arbeit ausgesetzt. In Ecuador gab es Anfang 2002 Proteste gegen die Benzinpreiserhöhung und in Bolivien forderten Indigenas und ArbeiterInnen die Nationalisierung des Erdgases. In Nigeria kam es 2000 und 2003 zu Streiks wegen der hohen Benzinpreise. Menschen verhungerten, weil es zu Versorgungsengpässen gekommen war. Im Februar 2005 kam es in 15 großen russischen Städ-

ten zu Protesten, zu denen u.a. die Transportgewerkschaft mitaufgerufen hatte und die sich auch gegen den fortschreitenden Sozialabbau richteten. In Italien und Frankreich kam es jüngst zu Protesten wie im Jahr 2000. Französische Gewerkschaften planen für 4. Oktober einen Generalstreik.

PRIVATISIERUNGSPOLITIK KLÄGLICH GESCHEITERT – ALTERNATIVEN SIND NÖTIG!

Die jetzige Situation zeigt das Desaster, das sowohl die Privatisierung und Ausgliederung der OMV bzw. auch des öffentlichen Verkehrs – Postbus und Bahn – für uns bedeuten. Hätten etwa SPÖ und ÖVP die OMV nicht privatisiert, stünde diese unter öf-

fentlicher Kontrolle und könnte wesentlich schwieriger die Preise in die Höhe treiben, während Millionen Gewinne gemacht werden. Gleichzeitig müssen Privatisierung von Postbus und Bahn rückgängig gemacht, sowie öffentlicher Verkehr massiv ausgebaut und die Tarife sofort gesenkt werden. Ebenso bei den Wiener Stadtwerken: Die Stadt Wien muss garantieren, dass es zu keinen Erhöhungen bei den Gaspreisen kommt! Für Nulltarif auf den öffentlichen Verkehrsmitteln tritt außer der SLP niemand ein. Insgesamt kann aber nur eine demokratisch geplante Wirtschaft einen Umstieg auf alternative Energien garantieren, da im Kapitalismus Profite bestimmen und nicht die Bedürfnisse der Menschen.

VORWÄRTS

sozialistische zeitung

Solidaritätspreis: EUR 1,00

Preis: EUR 0,50

Nummer 150

Oktober 2005



Foto: www.clandestino.at

Null Toleranz für Rassismus! 0,0 Prozent für die FPÖ!

*Mit Lügen und Hetze versucht H. C. Strache, das Schiff FPÖ wieder flott zu machen.
Die Sozialistische LinksPartei stellt sich dem entgegen – auf der Straße und am Wahlzettel.*

von John Evers, SLP-Kandidat für den Bezirksrat in Favoriten

Duell um den Victor-Adler-Platz in Favoriten. "Wien braucht Arbeitervertreter, nicht Rassisten und Arbeiterverräter" - die Botschaft, welche die Sozialistische LinksPartei anlässlich des Wahlkampfauftakts der FPÖ am 22.09.2005 verbreitete, war klar und deutlich. Nachdem sich die Freiheitlichen seit ihrem Regierungseintritt im Jahr 2000 als Anti-ArbeiterInnenpartei entlarvt und gespalten haben, laufen ihnen die WählerInnen in Scharen davon. Gerade einmal 200-300 zum Teil bezahlte Anhänger, kahlgeschorene Jugendliche und vom Freibier Angeheiterte waren gekommen, um H.C. Strache bei seiner Wahlkampfstart zu hören. Das Ziel des Haider-Klons war von vorneherein klar: Mit rechts-extremen Sprüchen gegen ausländische KollegInnen wollte er im Herzen des traditionsreichen ArbeiterInnenbezirks punkten.

HAIDERS ABZIEHBILD

Wie bei den Ansagen des einstigen Idols Haider, haben

auch Straches Sprüche kurze Beine. Frech behauptet er etwa, Wien sei ein "Asylparadies", obwohl 2004 die Anzahl der Anträge um fast ein Viertel und die Anerkennungsquote seit dem 1.5.2004 um mehr als 50 Prozent zurückgegangen ist. Als "echter Wiener" stempelt Strache die BewohnerInnen ganzer Erdteile pauschal zu Verbrechern ab. Abgesehen davon, dass im "echten Wien" immer Menschen unterschiedlicher Herkunft gelebt haben, sind z.B. AfrikanerInnen in erster Linie Opfer von Gewalttaten und Ausgrenzung. Letztes Jahr wurden mindestens 907 rassistische Übergriffe gezählt, in der ersten Jahreshälfte 2005 waren es bereits 600. Die beiden Todesopfer Marcus Omofuma und Cheibani Wague sind ebenfalls Ausdruck einer mörderischen Hetze und eines Systems, das sich immer unerbittlicher gegen Menschen richtet, die vor Not und Verfolgung fliehen. Besonders unappetitlich: Strache schreckte bei seinem Wahlkampfauftakt am 22.09. nicht einmal davor zurück, mit billigen Wahlkampfpunkten Cheibani Wagues Tod zu rechtfertigen.

STRACHE MACHT DIE HETZE SCHÜSSEL&SPÖ DIE GESETZE

Seit einigen Monaten hat Österreich ein neues Asylgesetz: Auch Minderjährige können nun in Schubhaft genommen werden. Das neue Gesetz beinhaltet eine weitere Kriminalisierung von Menschen und Einrichtungen, die AsylwerberInnen helfen. Und während der Weltärzteverband sich bereits klar gegen die Zwangsernährung bei Hungerstreikenden ausgesprochen hat, ist dies in Österreich nun möglich. Bestärkt durch diesen "Erfolg" setzte die Regierung nun zum nächsten Streich an.

NEUES STAATSBÜRGER-SCHAFTSGESETZ: RASSISMUS

Mit dem neuen Staatsbürgerrecht werden nicht nur die Wartefristen für Menschen, die hier leben, arbeiten und Steuern bezahlen auf einen österreichischen Pass verlängert (mindestens sechs Jahre). Es wird auch die Möglichkeit eingeräumt, die Staatsbürgerschaft wieder abzuerkennen - auch die Verweigerung des Rechts auf Eheschließung für AusländerInnen wird über-

legt. Kindern, die keine positive Deutschnote bekommen, soll die Staatsbürgerschaft versagt bleiben - Zustände, die uns an das gestürzte Apartheitsregime in Südafrika erinnern! Unglaublich ist allerdings der lauwarmer Protest der SPÖ gegen diese Pläne. Denn das menschenrechtswidrige Asylgesetz hat die rosa Parlamentsfraktion - ebenso wie fast alle "Ausländergesetze" der letzten Jahre - schließlich ohne eine einzige Gegenstimme mitbeschlossen.

GLEICHE RECHTE!

Die SLP war die einzige am 23. Oktober zu wählende Partei, die gegen den Versuch der FPÖ, neuerlich in Favoriten Fuß zu fassen, mobilisierte. Nichts desto trotz war diese Aktion ein voller Erfolg. Hunderten FavoritnerInnen erklärten wir, warum wir nicht gegen AusländerInnen, sondern gegen Privatisierung und Sozialabbau kämpfen. Ebenso machten wir deutlich, dass Ungleichheit und Diskriminierung nur der Unternehmenseite nützt. Besonders interessiert wurde auch die Frage einer neuen Linkspartei in Österreich aufgenommen.

Insgesamt rund 70 verkaufte Zeitungen unterstrichen die gelungene Aktion. Die Sozialistische LinksPartei tritt für die sofortige und volle soziale und politische Gleichstellung aller Menschen, die in Österreich leben, ein. Integration bedeutet für uns weder Volkstanz noch Wienerischer-Prüfung, sondern in erster Linie einen gemeinsamen Kampf gegen Diskriminierung und Ausbeutung!

TERMIN

Demo

gegen die Abschlusskundgebung der FPÖ

- Arbeit statt Rassismus
- Solidarität statt Hetze
- Gleiche Rechte statt doppelter Ausbeutung

Ort, Datum und Uhrzeit werden kurzfristig auf www.slp.at bekanntgegeben und kann unter Tel. 01/524 63 10 erfragt werden.

Wofür wir stehen

- Nein zum Sozialabbau! Statt Subventionen für die Privatwirtschaft ein öffentliches Investitionsprogramm bei Gesundheit, Bildung, Wohnbau und Verkehr.
- Mindestlohn 1.100 Euro netto! Sofortige Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden pro Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich.
- Nein zur Sparpropaganda! Wiedereinführung der Vermögenssteuer, Abschaffung des Stiftungsrechtes sowie Einführung einer echten Steuerprogression und einer Wertschöpfungsabgabe zur Finanzierung von Gesundheits-, Bildungs-, Arbeitslosen- und Pensionsversicherung.
- Schluss mit der doppelten und dreifachen Ausbeutung von Frauen in Beruf und Familie!
- Abschaffung aller diskriminierenden Gesetze, volle rechtliche Gleichstellung aller in Österreich lebenden Menschen
- Volle Gleichberechtigung für Schwule, Lesben und Bisexuelle
- Für einen echten Kampf gegen Umweltzerstörung. Kampf dem Verursacher - der kapitalistischen Profitwirtschaft.
- Nein zu einem repressiven Sicherheitsapparat, der das große Geld schützt. Kein Geld für die Rüstung, keinen Beitritt zu einem Militärbündnis.
- Streichung bzw. keine Bezahlung der Schulden der sogenannten "Dritten Welt"; Zerschlagung der internationalen Institutionen des Kapitals als Folge einer internationalen Kampagne der ArbeiterInnenbewegung.
- Nein zur Sozialpartnerschaft - Für kämpferische und demokratische Gewerkschaften!
- SPÖ und Grüne bieten keine linke Alternative! Wir brauchen eine neue starke Partei für ArbeiterInnen, Arbeitslose und Jugendliche.
- Nein zu Ausgliederungen und Privatisierungen! Stattdessen Überführung aller bereits privatisierten Betriebe sowie der Schlüsselindustrie in Gemeineigentum unter demokratischer Kontrolle und Verwaltung der ArbeiterInnen.
- Nein zur kapitalistischen EU der Banken, Konzerne und Bürokraten. Für eine Föderation sozialistischer Staaten von Europa auf freier und gleichberechtigter Grundlage.
- Für eine geplante Wirtschaft unter demokratischer Kontrolle und Verwaltung der Beschäftigten, in der Produktionsplanung von den gesellschaftlichen Bedürfnissen und nicht vom Profit bestimmt werden.
- Eine Revolution ist notwendig. Lediglich Reformen führen keine grundlegenden Veränderungen herbei. Die ArbeiterInnenbewegung und die Jugend müssen für den Bruch mit der kapitalistischen Wirtschaft und für den Sozialismus kämpfen.

► Mehr Programm!

Das Programm der Sozialistischen LinksPartei
40 Seiten, EUR 3,00 inkl. Versand

Das Programm wird nach Überweisung auf unser Konto PSK 8812.733 zugesandt. Namen und Anschrift nicht vergessen!

Jetzt mitmachen! Telefon 01/ 524 63 10 Mail slp@slp.at Web www.slp.at